GRÜNE BLÄTTER

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 12.2011

„An mehr Bürgerbeteiligung führt kein Weg mehr vorbei“

Die Volksabstimmung am 28. November erbrachte unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser Grünen Blätter nicht die erhoffte Mehrheit für das Stuttgarter-21-Ausstiegsgesetz. Wir dokumentieren an dieser Stelle den Beschluss des Landesvorstands vom Tag nach der Abstimmung, in dem das Ergebnis bewertet wird und Folgerungen für grüne Politik gezogen werden.

1. Wir akzeptieren das Ergebnis der Volksabstimmung, auch wenn es nicht in unserem Sinne ist. Natürlich sind wir darüber enttäuscht. Andererseits war es gut, mit dieser Volksabstimmung einen wichtigen Schritt zu mehr Bürgerbeteiligung und weniger Politikverdrossenheit gemacht zu haben. Es war der richtige Weg, die Bürgerinnen und Bürger in dieser Frage entscheiden zu lassen. Die grün-rote Landesregierung hat dies ermöglicht. Ganz Deutschland wird von dem neuen Umgang mit Konflikten profitieren. An mehr direkter Demokratie und an frühzeitiger Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Planung und Durchführung von Großprojekten führt kein Weg mehr vorbei.

Fortsetzung Seite 2

Europa – wohin?

Das Europäische Parlament zeigt zu wenig Eigeninitiative und Stärke, und das ausgerechnet in der Krise, meint EU-Parlamentarierin Franziska Brantner. Sie fordert Änderungen am Lissabon-Vertrag für mehr Demokratie auf EU-Ebene. Seite 3

Es rächt sich, dass mit der Euro-Einführung nicht eine Wirtschaftsunion geschaffen wurde, meint Heide Rühle. Die Abgeordnete des Europäischen Parlaments fordert eine andere Wirtschaftspolitik auf Basis des Green New Deal. Seite 4

Wie in Baden-Württemberg der wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitische Wandel vollzogen wird, so werden wir Europa über die Landesgrenzen hinaus prägen, meint Landtagsabgeordneter Josha Frey. Er fordert ein neues Subsidiaritätsverständnis. Seite 5

Die junge Generation begeistern wir für Europa nicht mehr mit der Friedensdividende, sondern mit den Chancen, die Europa allen bietet, meint Michael Joukov, Sprecher der LAG Europa. Er fordert die Abgabe nationaler Souveränität an die EU. Seite 6

Die sozialen Kosten der Krise werden in ganz Europa immer sichtbarer, meint Gerhard Schick. Der Bundestagsabgeordnete fordert eine faire Lastenverteilung mittels Vermögensabgabe, Bekämpfung der Steuerflucht und Finanztransaktionssteuer. Seite 7

Fortsetzung von Seite 1

2. Die Wahlbeteiligung ist ein Erfolg. Mit 48,3 Prozent ist sie sehr hoch – der höchste Wert in einem Bundesland bei einer Volksabstimmung ohne gleichzeitige Wahl überhaupt. Die hohe Wahlbeteiligung zeigt den Wunsch der Bevölkerung, gefragt zu werden, und sie ist das Ergebnis einer gelungenen Mobilisierung: Die Landesregierung hat die Bürgerinnen und Bürger umfassend über das Projekt und über die Frage, die zur Abstimmung stand, aufgeklärt. Die Medien haben wochen-, ja monatelang ausführlich berichtet. Wir haben gemeinsam mit dem Landesbündnis, mit den Bündnissen vor Ort, Initiativen und vielen Engagierten bis zum Schluss gekämpft und damit ein Zeichen gegen Politikverdrossenheit gesetzt. Den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern gilt unser besonderer Dank.

3. Wir halten das Projekt weiterhin für inhaltlich falsch. Wir werden aber unseren grundsätzlichen Protest gegen Stuttgart 21 beenden. Die Landespartei sieht ihre Aufgabe weiterhin in der konstruktiv-kritischen Begleitung des Bauvorhabens und nicht darin, den Protest auf die Straße zu bringen. Wir erwarten, dass die Versprechungen der Befürworter erfüllt und die Bedenken der Gegner ernst genommen werden. Engagement, Sachkenntnis, Kompetenz der Bewegung gegen Stuttgart 21 müssen genutzt werden. Dafür werden wir im engen Dialog mit der Bewegung bleiben. Die Landespartei sieht sich als ein Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und Regierung. Wir gehen davon aus, dass weitere Proteste gegen Stuttgart 21 insbesondere an der Baustelle gewaltfrei vonstatten gehen.

4. Wir werden auf die vertraglichen Vereinbarungen bestehen, auch was die Kosten betrifft: Der Kostendeckel für Stuttgart 21 gilt weiterhin. Die Deutsche Bahn AG fordern wir auf, unverzüglich ihrer Informationspflicht nachzukommen und für Kostentransparenz zu sorgen.

5. Die Bahn hat den Ausbau der Gäubahn, der Südbahn und der Rheintalbahn versprochen. Wir erwarten, dass diese wichtigen Infrastrukturprojekte umgesetzt werden.

6. Wir setzen unsere Politik des Gehörtwerdens, der Transparenz und Bürgerbeteiligung fort. Wir appellieren an alle Fraktionen im Landtag von Baden- Württemberg, sich auf eine Verfassungsänderung mit signifikanten Verbesserungen für die direkte Demokratie zu einigen. Ziel muss sein, die Hürden für Bürgerbeteiligung außerhalb von Wahlen deutlich niedriger zu legen. Volksabstimmungen müssen zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Politik in Baden-Württemberg werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen zur aktiven Beteiligung an der Politik in unserem Land motiviert werden. Konkret fordern wir eine deutliche Absenkung der Hürden für Volksbegehren und die Abschaffung des Quorums bei Volksabstimmungen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

als ich am 8. Oktober auf der Landesdelegiertenkonferenz in Aalen zur neuen Landesvorsitzenden gewählt worden bin, war der Landesverband bereits mitten in den Vorbereitungen für die Kampagne zur Volksabstimmung. Das Ergebnis vom 27. November ist auch für mich eine herbe Enttäuschung – kein einfacher Einstieg in die neue Aufgabe. Aber ich sehe auch positives: Wir haben viel erreicht in dieser kurzen Zeit. Wir haben eine klasse Kampagne für ein „Ja zum Ausstieg“ aus Stuttgart 21 hingelegt – mit viel Engagement von Euch allen. Wir haben auch die politische Kultur in diesem Land verändert. Die aktuellen Umfragergebnisse mit bis zu 32 Prozent Zuspruch für uns Grüne sind eine erste Belohnung für die sehr gute Arbeit der Grünen Regierung und unserem Grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Sie sind aber auch Ansporn und zeigen, dass die Menschen in Baden-Württemberg uns zutrauen dieses Land mit neuen Ideen und Konzepten weiter nach vorne zu bringen. Auf dieser Grundlage werden wir als Landespartei nun weitere Themen vorantreiben: für bessere Bildung, Kinderbetreuung und Integration, für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie, für die Energiewende, für nachhaltiges Wirtschaften und Umweltschutz. Wir werden Landesregierung und Landtagsfraktion an die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag erinnern und uns mit konkreten Vorschlägen an der Gestaltung unseres Landes beteiligen.

Ich will mich an dieser Stelle nochmals für das Vertrauen bedanken, das mir auf der Landesdelegiertenkonferenz mit gut 75 Prozent der Stimmen entgegen gebracht worden ist. Bedanken will ich mich auch bei meinem Co-Vorsitzenden Chris Kühn und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesgeschäftsstelle, von denen ich beim Einstieg in mein neues Amt viel Unterstützung erfahren durfte.

Als ich vor gut drei Jahren zu den Grünen gestoßen bin, war ich auf der Suche nach Menschen, mit denen ich an konkreten politischen Themen arbeiten, aber auch über das große Ganze diskutieren kann. Das hat sich in meiner kurzen Zeit als Landesvorsitzende bereits bewahrheitet. Wo so viele Themen und so viele sympathische und kenntnisreiche Menschen aufeinander treffen, da wird eine Partei zur politischen Heimat – und mehr.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit, interessante Begegnungen mit Euch allen und auf ein erfolgreiches Jahr 2012 für grüne Themen in Baden-Württemberg.

Eure Thekla

Höchste Zeit für eine neue demokratische Legitimation

Von Franziska Brantner, MdEP

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 war eine der teuersten in der Europäischen Union. Vergeblich hat Bundeskanzlerin Angela Merkel versucht, den damaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers zu retten, indem sie verschleierte, dass Griechenland deutsche Hilfe braucht. Die damals verlorene Zeit kostet heute Milliarden. Denn die Politik der verspäteten Trippelschritte hat den Märkten erst die Möglichkeit gegeben, Keile in die Währungsunion zu treiben.

Die Angst vor dem vermuteten Unwillen der Wähler und dem Ende der Koalition mit der FDP verhindert bis heute eine ehrliche und vor allem wirksame Krisenbekämpfung. Die wirksamen und richtigen europäischen Lösungen scheitern bis heute immer wieder an Deutschland.

Es ist an der Zeit, dass wir den Tatsachen ins Gesicht sehen: Wenn Deutschland die Schuldenkrise nicht durch Zugeständnisse löst, wird die Währungsunion und wird Europa zerbrechen. Die Folgen werden nicht nur für die Staaten, die Bankrott gehen, furchtbar sein, sondern auch für Deutschland. Denn die deutsche Exportindustrie wird ohne den europäischen Binnenmarkt dramatische Opfer bringen müssen. Viele Betriebe werden das Zerbrechen des Euro nicht überleben. Die deutsche Politik sollte mit diesem Eigeninteresse begründen, warum sie sich endlich für wirksame europäische Lösungen entscheidet.

In erster Linie muss das auch die Einführung von Eurobonds sein. Das Aufkaufen von Staatsanleihen durch die EZB hat alle Nachteile der Eurobonds, aber keinen seiner Vorteile. Die wohlhabenden Staaten müssen für die ärmeren einstehen, aber das bestimmen nicht die Parlamente, sondern das Direktorium der EZB. Mit dem Rettungsschirm und der EZB als Instrument zur Lösung der Krise bekommen wir weniger Europa und weniger Demokratie. Weder die Europäische Kommission noch das Europäische Parlament treffen derzeit die Entscheidungen. Es sind Regierungskonferenzen und nicht selten allein Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy, die bestimmen, was aus Europa wird.

Wenn wir hingegen die Krise als Chance begreifen und zugleich mehr Europa und mehr Demokratie wagen, dann entstehen neue Lösungen für die Krise. Nicht die EZB sollte Staatsanleihen kaufen, nicht die Regierungen sollten den Rettungsschirm aufspannen, sondern EU-Kommission, EU-Parlament und die nationalen Regierungen sollten so weit wie möglich die bestehenden Verträge nutzen, um einen gemeinsamen Mechanismus der Krisenlösung zu entwickeln. Dazu gibt es die „verstärkte Zusammenarbeit", die einer Gruppe von Staaten erlaubt, innerhalb der EU und mit deren Institutionen voranzugehen.

Im Europaparlament hat sich die sogenannte „Spinelli"-Gruppe formiert, in Anlehnung an den großen Europäer Altiero Spinelli. Diese will einerseits die europäische Integration voranbringen und andererseits auch erreichen, dass das Europäische Parlament verstärkt proaktiv in der Debatte auftritt. Auf Grundlage des Lissabon-Vertrages kann das Europäische Parlament selbst Vertragsveränderungen vorschlagen – es könnte also, anstatt auf die Vorschläge der Regierungschefs, die für März vorgesehen sind, lediglich zu reagieren, seine eigenen Vorstellungen von notwendigen Vertragsänderungen einbringen.

Wir stehen am Scheideweg – ein „Weiter so" birgt das Risiko großer ökonomischer und politischer Schäden. Endlich gemeinsame und demokratisch legitimierte Entscheidungen in Europa zu treffen, kann uns mittelfristig sogar dabei helfen, die vereinigten Bürgerinnen von Europa zu schaffen. Zeit, die richtige Entscheidung zu treffen.

ANZEIGE

„Diese Krise steht nicht für sich allein“

Von Heide Rühle, MdEP

Europa ist präsent wie nie, Medien und Parteien aller Couleur beschäftigen sich in ungewohnter Ausführlichkeit mit der Krise der EU. Dennoch ändert das nichts daran, dass das Vertrauen in die EU bei den Bürgerinnen und Bürgern immer weiter sinkt. Gleiches gilt für das Vertrauen in die Politik – Politiker und Banker haben das niedrigste Ansehen im Ranking der Berufsgruppen.

Vermutlich erinnern sich viele noch gut an die die vollmundigen Versprechungen in der letzten Krise: Lückenlos solle der Finanzmarkt künftig kontrolliert werden, um Krisen dieser Art zu verhindern, nie mehr wolle sich die Politik von den Finanzmärkten treiben lassen ...

Es ist tatsächlich einiges reguliert worden: Es gibt eine europäische Bankenaufsicht, der Eigenkapitalanteil der Banken wurde schrittweise erhöht, und jüngst wurden endlich die Leerverkäufe im europäischen Binnenmarkt unterbunden. Doch die Re-Regulierung verläuft langsam, vieles wird im Rat durch die nationalen Regierungen verzögert und abgeschwächt, eine europäische Finanztransaktionssteuer haben wir trotz unzähliger Beteuerungen bis heute nicht, und Finanzminister Wolfgang Schäuble versuchte auch den neuen Stabilitätspakt wieder zu verwässern: Länder mit Handelsbilanz-Überschüssen sollten mit keinen Konsequenzen rechnen müssen, nur die defizitären Mitgliedstaaten.

Natürlich brauchen demokratische Prozesse mit 27 Mitgliedstaaten Zeit; Zeit, die in dieser Krise meistens fehlt. Es rächt sich nun, dass die Einführung der gemeinsamen Währung nicht mit der Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsunion verbunden war.

Dennoch darf es nicht zum Selbstläufer werden, dass die Exekutiven immer stärker werden und insbesondere die Regierungen der großen Mitgliedstaaten alles dominieren. Es geht nicht nur um die demokratische Aushöhlung der europäischen Institutionen. Noch problematischer ist, dass diese Entwicklung dem Nationalismus in Europa neuen Vorschub leistet. Ob in Griechenland, Spanien oder Großbritannien – Merkel ist als „eiserne“ Kanzlerin das neue Feindbild.

Es ist deshalb richtig, dass die Grünen eine Debatte um einen neuen Konvent und eine demokratisch fundierte Vertragsänderung angestoßen haben. Das ist sicherlich keine Forderung für morgen oder übermorgen. Und es ist auch keine Forderung, die heute große Zustimmung erfährt – dazu braucht es noch viel Überzeugungsarbeit. Dennoch ist es die richtige Konsequenz. Wir brauchen eine Stärkung der Demokratie. Nur auf diesem Weg bekommen wir eine tragfähige Zustimmung zu einer anderen Wirtschaftspolitik.

Und es gibt ein anderes Thema, das nur die Grünen in dieser Situation setzen können: Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise muss zu einem anderen Wirtschaften, zu einem anderen Wachstumsmodell führen. Diese Krise steht nicht für sich allein, wie die beängstigenden neuesten Zahlen zur Verschärfung der Klimakrise zeigen. Nur gemeinsam können wir diese Krisen lösen – nie war unsere Forderung nach einem Green New Deal aktueller als heute.

Verantwortung für unser Europa der Regionen tragen

Von Josha Frey, MdL

Es geht bei der sogenannten Euro-Krise um mehr als die Krise einzelner Länder und ihrer Regierungen. Klar, diese brauchen ein kurz- und mittelfristiges sozialverträgliches Krisenmanagement. An dessen Ende aber müssen die Regulierung der Finanzmärkte, eine zumindest europäische Finanztransaktionssteuer, die Verfolgung der Ziele der EU-Strategie 2020 und schließlich eine politische Union stehen.

Die globale Verschuldungs-, Wirtschafts- und Finanzkrise hat zu einer tiefen Vertrauenskrise geführt – das ist die größte Herausforderung. Wenn die Europäische Union nicht auseinanderbrechen soll, müssen ihre Kompetenzen mit einer breiten demokratischen Legitimation und einem neuen kooperativen Subsidiaritätsverständnis verbunden werden.

Die Umsetzung europäischer Politik vollzieht sich direkt vor unserer Haustür, auf der Ebene der Länder, Regionen und Kommunen. Auf Länderebene setzen wir uns für eine stärkere und verbindliche Koordinierung der nationalen Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in der EU ein. Konkret sind wir auf Landesebene zurzeit direkt beteiligt an der Ausgestaltung der Kohäsions- und Strukturpolitik für den Förderzeitraum 2014 bis 2020. Gut 40 Prozent des EU-Etats werden derzeit, und dem Vernehmen nach auch in Zukunft, für die Strukturpolitik ausgegeben. Das ist der zweitgrößte Posten nach der Agrarpolitik. Baden-Württemberg erhält aus Brüssel in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 insgesamt knapp 410 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und aus dem Sozialfonds (ESF).

Die von der EU-Kommission vorgelegten Verordnungen bieten, wenn wir die entsprechende Kofinanzierung aufbringen, die Chance, den Green New Deal in vielen Teilbereichen umzusetzen. Die in der nächsten Förderperiode 2014 bis 2020 stärkere Gewichtung des ESF halten wir für richtig, ebenso die prozentualen Vorgaben, die im EFRE für Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und CO_2-armen Städtebau gelten sollen.

Wir wollen die Einführung sogenannter Partnerschaftsabkommen und Regionalverträge als neues Instrument der Strukturförderung nutzen und die lokalen Akteure einbinden. Und wir begrüßen die neuen Finanzinstrumente, mit denen Fördermittel nicht nur als einmaliger Zuschuss eingesetzt werden, sondern auch als Mikrokredite, Risikofonds oder Darlehen vergeben werden können.

In dem Maße, in dem wir in Baden-Württemberg unseren grünen wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitischen Strukturwandel gestalten und in die Ausarbeitung der Operationellen Programme zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik einfließen lassen, werden wir Europa auch über die Landesgrenzen hinaus prägen. Europa sind wir in den Regionen. Und damit sind wir alle für ein Gelingen mit verantwortlich.

IMPRESSUM:

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Forststraße 93 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Layout&Satz:
gerhard@fontagnier.de

Redaktion:
Danyal Bayaz, Sandra Boser, Nadyne Dittmann, Thomas Hornung, Florian Krebs, Carsten Preiss, Wolfgang Schmitt, Swantje Sperling, Dirk Werhahn

Druck:
auf Umweltpapier bei Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 8.500 Exemplare)

Bildquellen:
Titel: © Anton Balazh, Fotalia
Seite 3: (CC) „nate_lawson“, flickr
Seite 4: (CC) „cucchiaio“, flickr
Seite 7: (CC) „stan jordan“, flickr

ANZEIGE

Das Europa der Chancen

Von Michael Joukov, LAG Europa

Die Schuldenkrise hat es offenbart: Der europäische Gedanke ist weit davon entfernt, politisch zu überzeugen. Im Gegenteil: Ausgerechnet wenn Einigkeit gefragt ist, verkommt das europäische Gebäude immer mehr zum Steinbruch für Nationalisten und Populisten aller Couleur. Die eher Harmlosen unter ihnen versuchen, sich wie der britische Premier David Cameron mit Stammtischangriffen auf die EU zu profilieren. Zum Glück hat er für seine Obstruktionspolitik keine Mehrheit im Unterhaus.

Weniger schrill, aber deutlich gefährlicher ist die Blockade gemeinsamer Lösungen. Hier tun sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer hervor. Die eine polemisiert gegen Euro-Bonds, der andere gegen mehr Wirtschaftskompetenzen für die Gemeinschaft. Das erste ist nur scheinheilig, weil es suggeriert, es gäbe die Möglichkeit, einen Staatsbankrott anderer Länder hinzunehmen. Da unsere Banken und Versicherungen verpflichtet sind, einen Teil ihrer Kundengelder in Staatsanleihen anzulegen, ist diese Vorstellung schlicht falsch. Merkels Reden im Sinne von „Was kümmert mich eure Krise“ soll ablenken. Dabei wäre es dringend geboten, die Realität zu akzeptieren und sich nicht länger gegen Euro-Bons zu sperren.

Die Aktionen Seehofers haben mehr Sprengkraft. Seine beharrliche Blockade aller wirtschaftspolitischen Kompetenzen für die Gemeinschaft kann, wenn sie erfolgreich ist, die EU für Jahrzehnte zu einem Papiertiger degradieren. Denn eines ist klar: Ob die Bekämpfung der Schuldenkrise erfolgreich ist oder weniger, ob sie große Kollateralschäden anrichtet oder (hoffentlich) geringere – irgendwann ist dieser „Feuerwehreinsatz“ vorüber. Bleibt die Frage: Was dann?

Es reicht nicht, eigene Krisenfonds zu unterhalten, um nicht auf den IWF angewiesen zu sein. Nein, es gilt die EU so umzubauen, dass wirtschaftliche Ungleichgewichte abgebaut und nicht verstärkt werden. Wir brauchen gemeinsame Mindeststandards bei der Sozialpolitik und eine europäische Sozialversicherung neben der nationalen für Menschen, die häufiger das Arbeitsland wechseln. Wer dauerhaft Produkte in einen EU-Staat exportiert, muss einen Anreiz bekommen, dort auch zu investieren. Dies würde übrigens auch die Umweltbelastung durch Transporte verringern. Wir brauchen viel mehr Gemeinsamkeiten beim Steuerrecht, damit es zu keinem Unterbietungswettbewerb kommt. Kurz: Wir müssen Teile nationaler Souveränität abgeben. Sonst werden die Fliehkräfte innerhalb der Union zu stark.

Das war die wirtschaftliche Begründung. Viel wichtiger ist die emotionale. Die EU war, bisher, ein Projekt der Eliten. Zwar gab es immer wieder Wellen von Euro-Begeisterung, nur geprägt haben diese die EU kaum. So kann es nicht weitergehen!

Die junge Generation überzeugen wir nicht mit dem Verweis, dass es dank der EU keine Kriege innerhalb der Gemeinschaft mehr gibt. Für die Älteren sind sie noch Realität, für die Jüngeren aber ist das zu abstrakt. Nein, das Hauptargument muss sein, dass Europa Chancen eröffnet – beim Studium, bei der Suche nach passenden Jobs, bei der Reisefreiheit. Vor allem sind die Gestaltungsmöglichkeiten einer Union aus bald 28 Mitgliedern viel größer als die der Einzelstaaten. Es wird Zeit, sie ihren Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. Politische Kompetenzen hat Europa bereits jetzt, und wenn sie im oben genannten Sinne ausgebaut werden, wird Europa richtigerweise zur machtvollsten politischen Ebene.

Es ist an der Zeit für ein europäisches Parlament, des über europaweite Listen gewählt wird und so ganz andere Themen in den Vordergrund zu rücken vermag. Es ist an der Zeit, aus der EU-Kommission eine Regierung zu machen, eine Regierung, die vom Parlament ermächtigt und nicht von den Mitgliedsstaaten zusammengestellt wird. Es ist an der Zeit, den Einfluss der Nationalstaaten auf das notwendige Maß zu beschneiden. Wenn transparent ist, was die EU bringt, wie sie ihre Entscheidungen trifft und wie die Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen können – dann haben wir zumindest die Chance auf ein Europa der Herzen, nicht der Geldbeutel. Nur so geht es voran, Abzweigungen enden in Sackgassen.

EuropäerInnen aufgepasst!

Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, nach vorne zu denken. Wir, die LAG Europa, wollen außer dem „Tagesgeschäft“, sprich der Begleitung und Diskussion aktueller europäischer Politik, auch grüne Visionen eines künftigen Europas entwickeln. Schließlich ist die EU kein feststehendes politisches Gebilde, sondern ein Prozess mit offenem Ausgang – es liegt an uns, Europa zu begrünen. Mit der Donaustrategie ist Baden-Württemberg bei einer ganz neuen Art europäischer Integrationsprozesse an vorderster Front. Auch hier wollen wir als LAG vernetzen, informieren und animieren. Interesse? Dann meldet Euch unter michael.joukov@gruene.de

ANZEIGE

Mit fairer Lastenverteilung die Krise überwinden

Von Gerhard Schick, MdB

Seit fast zwei Jahren hat die Finanzkrise die Eurozone fest im Griff. Trotz immer neuer Rettungsmilliarden, Krisengipfel und Sondersitzungen spitzt sich die Lage immer weiter zu und erfasst nun schon Länder mit Top-Bonitäten wie Österreich oder die Niederlande. Dass es überhaupt so weit kommen konnte, liegt am schlechten Krisenmanagement: Die sinnvollen Maßnahmen kamen immer zu spät; anderes war schlicht fehlkonzipiert.

So machten die EU-Staats- und Regierungschefs im Oktober zu Recht auf ihrem letzten Krisengipfel den Weg frei für die sogenannte Hebelung des Rettungsfonds EFSF, damit genügend Mittel bereitstehen, um im Notfall auch Italien und Spanien beistehen zu können. Doch die Hebelung, die beschlossen wurde, funktioniert wohl nicht: Staatsfonds aus Schwellenländern zum Beispiel, die als Investoren für den Rettungsschirm gewonnen werden sollten, zeigen kein Interesse. Nicht besser steht es um private Investoren, die man mit einer Art staatlicher Teilkaskoversicherung locken wollte.

Auch die beim Gipfel beschlossene Rekapitalisierung der Banken ist zwar richtig: Banken- und Staatschuldenkrise verstärken sich gegenseitig. Daher ist es richtig, den Banken mehr Kapital zu verordnen. Doch ist der Zeitraum, der den Banken für das Erreichen der beschlossenen höheren Kapitalquoten eingeräumt wird, mit Juni 2012 viel zu lang. Bis dahin können die Banken die höheren Kapitalvorgaben über den Abbau des Kreditgeschäfts erreichen und so eine Kreditklemme auslösen. Genau diese gefährliche rezessionsbefördernde Reaktion der Banken können wir bereits beobachten – mit dem Potential, die Schuldenkrise weiter anzuheizen.

Was sind unsere Antworten? Wir fordern eine zügige Zwangskapitalisierung europäischer Banken, zur Not mit europäischen Mitteln, um eine krisenverschärfende Kreditklemme in der Eurozone abzuwenden. Außerdem braucht es eine Banklizenz für die EFSF. Damit könnte sich die EFSF bei der Europäischen Zentralbank Liquidität besorgen und verfügte so über ausreichend Mittel, um kurzfristig Stabilität zu sichern.

Das ist allerdings nur dann hilfreich, wenn die Hebelung als Zwischenlösung zu einer langfristigen stabilen Lösung steht: einem solidarischen Europa mit neuen Kompetenzen in der Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, einer gemeinsamen Finanzierung über Eurobonds und einer starken Kontrolle durch das Europäische Parlament. Für diese umfassende Neuarchitektur braucht es einen Verfassungskonvent und einen Fahrplan für die Änderung der Europäischen Verträge. Doch es gibt bislang keinen Fahrplan für eine solche langfristige Lösung.

In der Zwischenzeit werden die sozialen Kosten dieser Krise immer sichtbarer. Die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch, viele junge Menschen kehren den Krisenländern den Rücken, viele Familien sind überschuldet oder wissen bei sinkenden Löhnen, steigenden Abgaben und gekürzten sozialen Leistungen weder aus noch ein. Wir Grünen fordern deshalb unter anderem, die Staatsschulden über Vermögensabgaben und eine europäisch koordinierte Bekämpfung der Steuerflucht zu reduzieren. Wir sind überzeugt: Europa wird nur mit einer fairen Lastenverteilung diese Krise überwinden.

ANZEIGE

member of INDAVER Group

HIM

Altlastensanierung & Abfallentsorgung sind unser Tagesgeschäft. Seit Jahren.

HIM GmbH · Am Mittelkai 34 · 70329 Stuttgart